



Jeder Rekrut kann ein Verweigerer sein, jeder Soldat ein Deserteur

Schon mehr als ein halbes Jahr wird in der Ukraine Krieg geführt. Vor wenigen Tagen hat Russland die Teilmobilmachung erklärt, die auch Frauen treffen kann. Spontan suchen Tausende Schutz und fliehen ins Ausland. Mit dieser Sonderausgabe wollen wir unsere Solidarität mit all denjenigen zeigen, die sich dem Kriegsdienst entziehen – auf welcher Seite auch immer.

Für uns steht außer Frage, dass die russische Regierung in der Ukraine einen Angriffskrieg führt. Russische Truppen marschierten am 24. Februar 2022 in den Osten und den Norden der Ukraine ein. Ein Teil der Truppen nutzte dazu das belarussische Staatsgebiet. Soldaten der russischen Armee, die sich auf einer Truppenübung wählten, fanden sich unversehens in der Ukraine wieder. Die ukrainische Regierung entschied sich zum militärischen Widerstand und wird darin mit Logistik, Aufklärung und Waffen durch die Staaten der Europäischen Union und der NATO gefördert.

In einer militärischen Logik ist damit eigentlich alles klar. Auf der einen Seite steht der Aggressor, auf der anderen der Verteidiger. Aber ist es wirklich so einfach? Und gibt es außerhalb der militärischen Logik nicht auch andere Strategien, die sich gegen den Krieg richten, ihn behindern oder gar beenden können? Wir erleben, dass sich Hunderttausende auf allen Seiten der Beteiligung am Krieg entziehen. Sie erklären dies nur selten in der Öffentlichkeit. In unseren Gesprächen in der Beratungsarbeit erfahren wir aber,

welche Gründe es für eine Verweigerung geben mag. Da gibt es Menschen, die auf der anderen Seite der Front Familie und Freunde haben. Für sie ist klar, dass keine Seite die richtige sein kann. Sie suchen nach Möglichkeiten, sich der Bedingungslosigkeit des Krieges zu entziehen. Da gibt es Menschen, die die Kriegspolitik der eigenen Regierung ablehnen, und nicht ihr Leben für diese Ziele riskieren wollen.

„Angesichts eines realen Krieges ist es besser, alles hinzuschmeißen und abzuhauen.“

Igor, Belarus

Da gibt es Menschen, die die Ukraine und Russland als Bruderstaaten ansehen. Warum muss es denn Krieg geben, fragen sie. Warum können die Regierungen die Konflikte nicht am Verhandlungstisch austragen? Dafür wollen sie nicht in den Krieg ziehen.

Da gibt es Menschen, die keine Waffe in die Hand nehmen wollen: Kriegsdienstverweigerer. Gerade in einem Krieg ist es besonders wichtig, dass ihr Menschenrecht respektiert wird. Kriegsdienstver-

weigerer aber müssen erleben, dass sie als Verräter gebrandmarkt und strafrechtlich verfolgt werden.

Da gibt es Menschen, die realisieren, was es heißt, in einem Krieg Teil einer Armee zu sein. Wir hören die Berichte über zivile Opfer, Gewalt und die Zerstörung von Städten. Es sind Dinge, die Teil eines Krieges sind und somit auch von allen am Krieg beteiligten Militärs, Teil ihres Kampfes. Was bedeutet das für eine Person, die diese Gewalterfahrungen macht, die gegen ihren Willen Teil eines solchen von Gewalt beherrschten Apparates ist? Das können wir kaum ermessen.

Und dennoch finden Soldat*innen im Kriegsgebiet Möglichkeiten, wie sie auch in dieser Position Teil eines Widerstandes gegen den Krieg sein können. Es gibt zahlreiche Berichte über Sabotage oder Befehlsverweigerung.

Insgesamt ist die Desertion, Verweigerung und Befehlsverweigerung ein bedeutsamer Teil des Widerstandes gegen den Krieg. Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sind Sand im Getriebe des Krieges. Es ist ein Akt der Selbstbestimmung und Humanität. Es ist ein Zeichen, dass es Alternativen zum Einsatz im Krieg gibt, auch wenn Strafverfolgung droht. Die Unterstützung der Verweigerer und Deserteure ist somit ein Mittel um gegen den Krieg aktiv zu werden.

In der Vergangenheit gab es nur wenige Kriege, bei denen sich so viele den Kämpfen entzogen hatten, dass er beendet wurde, so in den 90er Jahren zwischen Armenien und Aserbaidschan. In der Regel ist das aber nicht der Fall, das Militär weiter

kampfbereit. Dennoch, wenn sich viele verweigern, hat das große Bedeutung, es ist ein Beispiel für Handlungsmöglichkeiten

„Ich möchte weder töten noch getötet werden.“

Aleksandr, Russland

außerhalb der Kriegslogik, die nur Verbündete und Feinde, nur die militärische Auseinandersetzung, den Kampf sieht. Für uns ist klar, dass wir all diejenigen unterstützen wollen, die sich auf welcher Seite auch immer, dem Grauen des Krieges entziehen, die sich verweigern, die desertieren. Für sie muss das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, das seit 2011 höchstrichterlich durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Menschenrecht deklariert wurde, gerade auch in Kriegszeiten gelten. Jeder und jede hat das Recht, zu jeder Zeit den Kriegsdienst zu verweigern.

Zum anderen brauchen diejenigen Unterstützung, die sich dem Verbrechen eines Krieges entziehen. Und wo könnte das deutlicher sein, als bei einem Angriffskrieg, wie ihn Russland führt. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, dass Deserteure und Militärdienstentzieher aus Russland und auch aus Belarus einen sicheren Schutz erhalten. Der ist bislang nicht gewährleistet.

Unterschriftensammlung Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer



Zeigen Sie Ihre
Solidarität mit Verweigerern
und Deserteuren
Unterzeichnen Sie jetzt!

An
Präsidentin der Europäischen Kommission,
Ursula von der Leyen, an Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, an Präsidentin des Europäischen Parlamentes,
Roberta Metsola

Seit mehr als einem halben Jahr führt die Russische Föderation einen Angriffskrieg in der Ukraine, mit verheerenden Folgen. Es scheint kein Ende in Sicht. Dabei wissen wir, dass sich auf allen Seiten Männer und Frauen den Verbrechen des Krieges entziehen. Zehntausende verließen die Russische Föderation und Belarus um nicht für den Krieg rekrutiert zu werden. Tausende verließen die Ukraine, weil sie ihr Menschen-

recht auf Kriegsdienstverweigerung in Gefahr sehen. Sie alle sind unsere Hoffnung für eine Überwindung der Gewalt.

Deshalb fordern wir Sie auf:

- Geben Sie Deserteuren und Verweigerern aus Belarus und der Russischen Föderation Schutz und Asyl!

- Fordern Sie die ukrainische Regierung auf, die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen und ihnen ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu garantieren!

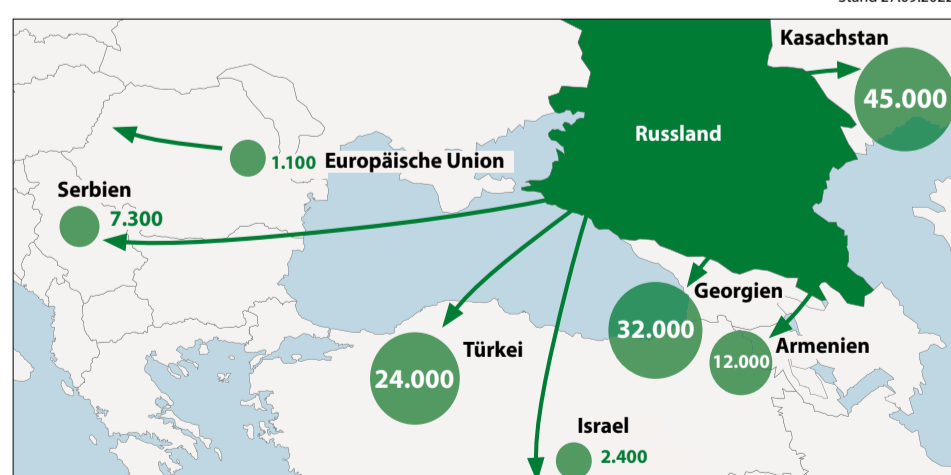
- Öffnen Sie die Grenzen für diejenigen, die sich unter hohem persönlichen Risiko in ihrem Land gegen den Krieg stellen!

Der Aufruf wurde initiiert von: Connection e.V., Internationaler Versöhnungsbund, War Resisters' International und dem Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung.

Russland

Zahlen von Militärdienstflüchtlingen (geschätzt) ca. 150.000

Stand 27.09.2022



Flucht vor der Beteiligung am Krieg

Zahlen zu Russland, Belarus und Ukraine

Grundsätzlich ist es nicht möglich, genaue Zahlen über Desertion, Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstentziehung in Russland, Belarus und Ukraine zu erhalten. Wir wissen, dass Tausende Militärdienstpflichtige aus diesen Ländern geflüchtet sind. Aber keine Statistik erfasst, wie viele es wirklich sind.

Wir haben daher in einer ausführlichen Analyse bestehende Statistiken ausgewertet und kommen zu dem Schätzung, dass etwa 150.000 russische militärdienstpflichtige Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren das Land verlassen haben. Für die Ukraine kommen wir auf eine Zahl von schätzungsweise 140.000, für Belarus auf eine Zahl von 22.000. Die Analyse ist nachzulesen unter www.Connection-eV.org/article-3608.

Kommentar

Nein sagen zum Dienst mit der Waffe darf nicht bestraft werden

Landesbischof Friedrich Kramer,
Friedensbeauftragter des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat dies 1987 anerkannt. Dennoch sind Kriegsdienstverweigerer in vielen Ländern immer noch einer Strafverfolgung, Verhaftungen, Einschüchterungen und Diskriminierungen ausgesetzt.

Wer aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnt und dem dafür Verfolgung droht, der braucht unsere Hilfe. Denn das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss in allen Ländern geschützt werden, auch in Ländern, die sich im Krieg befinden. Dies gewinnt durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine eine besondere Aktualität.

Es ist bekannt, dass viele Männer täglich die Grenze von Belarus in die EU überqueren, um einer Einberufung zum Militär zu entgehen. Es gibt Meldungen des ukrainischen Grenzschutzes, dass an der Grenze sogenannte Mobilitätsverweigerer festgenommen und den militärischen Behörden überstellt werden. Nach der Teilmobilmachung Russlands fliehen viele Reservisten, die das Land nicht mehr verlassen dürfen, nun auch ins Ausland, um einer Einberufung zu entgehen. Und wir hören, dass russische und belarussische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure verfolgt, verhaftet und bestraft werden. Das ist unerträglich.

Der russische Überfall auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen, es ist ein völkerrechtswidriger Krieg, keine Frage. Für Soldaten der Bundeswehr beispielsweise gilt nach unserer Verfassung die Pflicht auf Befehlsverweigerung bei einem völkerrechtswidrigen Einsatz. Auch kann in Deutschland jederzeit der Kriegsdienst verweigert werden. Diese Möglichkeit ist weder in der Ukraine noch in Russland gegeben. Zwar gibt es dort auch Regelungen für eine Verweigerung des Wehrdienstes, die aber derzeit real keine Rolle mehr spielen und nicht für alle gelten. Und es ist falsch, dass die Ukraine pauschal wehrfähigen Männern die Ausreise verweigert. Natürlich darf sich ein Staat verteidigen, wenn er überfallen wird. Aber das bedeutet nicht, dass er einzelne Staatsbürger zwingen darf, gegen ihr Gewissen an Kriegshandlungen teilzunehmen. Nein sagen zum Kriegsdienst mit der Waffe darf nicht bestraft, sondern muss geschützt werden. Das ist ein Kennzeichen einer lebendigen Demokratie.

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Mich bedrückt das Schicksal der Kriegsdienstverweigerer, die in diesem schrecklichen Krieg eine Chance haben, zu verweigern und denen bei einer Verweigerung oder Desertion Verfolgung, ja der Tod drohen. Hier sind wir gefordert, zu helfen und diese Menschen zu schützen.



#OBJECT WAR CAMPAIGN

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus, Ukraine brauchen unsere Solidarität!

#ВідмовВійні
#ОткажиВойне

6. Oktober 2022

Es gibt nichts, worauf man stolz sein könnte

Der 22-jährige Mark Romankov aus Russland hatte in den letzten Jahren in Deutschland studiert. Kurz vor Beginn des Krieges kam er erneut nach Deutschland und beantragte dann Asyl.



Wie hast Du vom Beginn des Krieges erfahren?

Ich kam im Februar 2022 nach Deutschland. Schon vor dem 24. Februar hörten wir von den Kriegsvorbereitungen. Aber ich dachte nicht, dass es wirklich so kommen würde. Ich dachte, es wird eine ähnliche Situation geben wie 2008 zwischen Russland und Georgien, als es um die Frage ging, dass Georgien der NATO beitreten könnte. Ich erwartete ein ähnliches Kräfteverhältnis. Aber am 24. Februar wachte ich morgens auf und hörte die Nachrichten von den Eltern meiner Freundin aus Kiew. Der Krieg hatte begonnen. Selbst da dachte ich noch, dass es nicht so lange dauern würde. Aber wenige Tage später war klar, dass es ein längerer Krieg wird. Und daher entschied ich, nicht mehr zurück nach Russland zu gehen. Mein Visum lief am 30. April ab. So beantragte ich schließlich Asyl.

Kannst Du für den Krieg rekrutiert werden?

Ich sah die Berichte, dass Wehrpflichtige in ihrem einjährigen Dienst ins Kriegsgebiet in die Ukraine geschickt wurden. Ich war alarmiert. Die Russische Föderation erklärte zwar, dass dort nur Berufssoldaten kämpfen würden. Aber die Realität sieht anders aus: Wehrpflichtige sterben dort.

Warum verweigerst Du?

Die Armee ist noch immer eine Armee im Stil der Sowjetzeit. Und solch ein System

will ich nicht unterstützen. Seit der Krieg begann, ist es aber mehr: Die Armee ist nun ein Symbol für das Böse. Es gibt nichts, worauf man stolz sein könnte. Für mich selbst ist auch bedeutsam: Meine Partnerin kommt aus der Ukraine, wie auch ihre Eltern. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie es ist, in einer Armee zu dienen und gegen ihre Familie zu kämpfen. Das ist völlig unvorstellbar.

Wie hat Deine Familie auf Deine Entscheidung reagiert?

Meine Familie ist eng mit Russland verbunden. Und sie ist Opfer der machtvollen Propagandamaschine, die ihr seit acht Jahren die Welt erklärt. Ich habe meinen Eltern nicht die ganze Geschichte erzählt, sie würden sie nicht verstehen.

Was erhoffst Du Dir für die Zukunft?

Mein größtes Problem ist meine Staatsangehörigkeit. Ich hoffe, dass ich die abgeben kann. Ich will nicht, dass mir der russische Staat mein Leben ruiniert.

Wie können andere russische Verweigerer unterstützt werden?

In der Asylunterkunft habe ich erlebt, dass ihr größtes Problem der Mangel an Informationen ist. Da ich Englisch spreche und Deutsch verstehe, kamen sie oft zu mir und sagten: Mark, was haben sie gesagt? Kannst Du dies oder jenes fragen? Es ist auch nicht die ganze Zeit ein Übersetzer da, und er kennt sich auch nicht mit den

Verfahren aus. Ich glaube, es wäre eine große Sache, wenn es gelänge, die russischen Verweigerer besser zu informieren und zusammenzubringen.

Könnte die Unterstützung von Deserteuren und Verweigerern eine Möglichkeit sein, gegen den Krieg aktiv zu sein?

Ich sehe das so. Wenn Deutschland ein Programm für die russischen Deserteure auflegt, ihnen Asyl gibt und sie fördert, ist das gut. Aber Russland wird sehr schnell darauf reagieren und die Grenzen schließen. Ich denke, dass eine Unterstützung eher im Stillen stattfinden sollte. Das gilt auch für Programme für Student*innen, die noch immer nach Deutschland kommen können. In dieser Soft Power liegt eine große Stärke, weil viele, die Russland verlassen, großes Potential mitbringen, was dann Russland fehlen würde. Diejenigen, die ich in der Asylunterkunft getroffen habe, waren wirklich gegen den Krieg, auch wenn sie aus Tschetschenien kamen, aus Regionen, in denen es hart und rau zugeht. So fanden wir auch eine gemeinsame Sprache. Ich wusste, was sie fühlen, und sie wussten, was ich fühle: Wir sind Russen, die gerade ihre Heimat verlieren.

Das Interview führte Rudi Friedrich von Connection e.V.

Aufruf zur Desertion ohne Schutzzusage ist fahrlässig

Verschiedene Politiker*innen sprechen sich für einen Schutz der russischen Verweigerer aus. Wie sieht die Situation in Deutschland und der Europäischen Union aus?

Die Verfolgung bei Desertion und Kriegsdienstverweigerung ist in der Regel kein Asylgrund. Insofern war es erfreulich, dass das deutsche Innenministerium im Mai 2022 erklärt hat, dass russische Deserteure als Flüchtlinge anerkannt werden sollen, weil ihre Desertion in Russland als politische Opposition angesehen werde und sie mit hohen Strafen zu rechnen hätten. Das kann nach der aktuellen Rechtsprechung in der Tat zu einem Flüchtlingschutz führen. Dennoch werden die Deserteure das in jedem Einzelfall nachzuweisen haben.

Wer so klug ist, sich rechtzeitig zu entziehen, erhält keinen Schutz

Von dieser Regelung ausdrücklich ausgeschlossen sind allerdings Militärdienstentzieher. Der Begriff ist nicht sehr geläufig. Es sind Personen, die grundsätzlich wehrpflichtig sind, sich aber schon vor einer Einberufung zum Militär der Verpflichtung z.B. zur Erfassung oder Musterung

„Eine Mobilisierung widerspricht meinen Überzeugungen.“

Yelena, Ukraine

entzogen haben. Sie waren also so klug, sich rechtzeitig dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Wenn es ihnen nun gelingt, nach Deutschland zu kommen und Asyl zu beantragen, wird diese Regelung für sie nicht greifen, da sich diese ausdrücklich auf die Desertion bezieht. Das bedeutet faktisch, dass der überwiegende Teil der Verweigerer des Krieges schutzlos bleibt.

EU-Staaten verweigern sich

Am 6. April 2022 erklärte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel: „Ich habe eine Botschaft für die russischen Sol-

daten auf dem Schlachtfeld. Wenn Sie sich nicht an der Tötung Ihrer ukrainischen Brüder und Schwestern beteiligen wollen, wenn Sie keine Verbrecher sein wollen, lassen Sie die Waffen fallen. Hören Sie auf zu kämpfen.“ Charles Michel vertritt als Präsident des Europäischen Rates die Regierungschefs der Europäischen Union. Er verweist in seiner Stellungnahme auch darauf,

„Ich bin mit der Politik Russlands nicht einverstanden und will nicht in den Krieg ziehen.“

Vladimir, Russland

dass einige Abgeordnete des Europaparlaments vorgeschlagen hätten, jenen Soldaten, die Befehle missachteten, Asyl zu gewähren: „Meiner Meinung nach ist dies eine wertvolle Idee, die verfolgt werden sollte.“ Nach der Teilmobilisierung gab es weitere Stimmen, die eine Aufnahme der russischen Deserteure befürworteten, aber auch viel Gegenwind. Die baltischen Länder schlossen sogleich die Grenzen. Verschiedene Treffen auf EU-Ebene brachten kein Ergebnis. Stand der Dinge ist, dass es bislang in keinem anderen EU-Land eine ähnliche Regelung wie in Deutschland gibt.

Nur wenige erreichen die EU

Noch problematischer ist jedoch, dass dem überwiegenden Teil der russischen Verweigerer und Deserteure der Zugang zur Europäischen Union verwehrt ist. Im Mai 2022 hatten wir Kontakt mit einer Gruppe von russischen Militärdienstentziehern, die in die Türkei geflüchtet waren. Sie wandten sich an uns, da bei einigen von ihnen der Reisepass abgelaufen war. Andere durften sich nicht länger als Tourist im Land aufhalten. Über diplomatische Wege konnten ihre Anfragen an alle Vertretungen der europäischen Regierungen weitergeleitet werden. Die Antworten: Entweder gab es gar keine oder aber ablehnende. Es wurde immer wieder darauf verwiesen, dass es möglich sei, in der Türkei auch ein Verfahren zu durchlaufen, um als Flüchtling anerkannt zu werden. Die Betroffenen selbst befürchteten, dass ihnen aufgrund der Politik der türkischen Regierung gegenüber Russland eine Abschiebung droht. Wenn wir uns die Zahlen von russischen Verweigerern ansehen, die sich im Ausland aufhalten, so stellen wir fest, dass wirklich nur ein Bruchteil von ihnen in die Europäische Union gekommen ist. Nach unserer Schätzung gibt es etwa 150.000, die geflüchtet sind, zumindest auch um dem Kriegseinsatz zu entgehen. In der Europäischen Union gibt es seit März 2022 aber nur ein paar Tausend Asylanträge von russischen Staatsbürgern. Darunter sind nach unserer Einschätzung etwa 1.100 von Deserteuren und Militärdienstentziehern.

Es ist unverantwortlich, zur Desertion aufzufordern, aber keinen Schutz zu bieten

Wir stellen somit fest, dass die bisherigen Angebote zum Schutz und zur Aufnahme von russischen Deserteuren und Militärdienstentziehern nur einem Bruchteil von ihnen wirklich helfen wird. Hören wir noch einmal Charles Michel: „Lassen Sie die Waffen fallen! Hören Sie auf zu kämpfen!“ Und weiter „Meiner Meinung nach ist die Idee (Asyl zu gewähren) eine wertvolle Idee, die verfolgt werden sollte.“ Dies ist nichts anderes als eine unverantwortliche Politik gegenüber den Betroffenen. Sie brauchen den Schutz und die Perspektive jetzt.

In Russland, Belarus und der Ukraine existieren unterschiedliche Regelungen zur Wehrpflicht, zur Kriegsdienstverweigerung sowie zu Militärdienstentziehung und Desertion. Russland und Belarus halten sich nicht an die internationalen Vorgaben. Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit Kriegsbeginn ausgesetzt.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung

In allen drei Ländern gibt es eine Wehrpflicht, der alle Männer zwischen 18 und 27 Jahren unterliegen. Russland und die Ukraine haben das Alter für eine mögliche Einberufung in den letzten Monaten auf 60 Jahre erhöht.

Jede Person müsste das Recht haben, jederzeit einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen zu können. Das wird in keinem der drei Länder gewährleistet.

In Russland und Belarus ist ein Antrag nur bis zur Einberufung möglich. Es gibt kein Recht für Reservisten und Soldaten, einen Antrag zu stellen. Wenn Anträge überprüft werden, müsste dies durch ein unabhängiges Gremium erfolgen. Tatsächlich aber ist in Russland und Belarus das Militär an den Entscheidungen beteiligt. In Belarus wird das Recht zudem eingeschränkt auf religiöse Kriegsdienstverweigerer. Kriegsdienstverweigerer müssten die Möglichkeit haben, einen Dienst unabhängig vom Militärdienst abzuleisten. Belarus sieht hier nur einen unbewaffneten Dienst im Militär vor.

In den Separatistengebieten wird zwangsrekrutiert. Es gibt kein Recht auf Kriegs-

dienstverweigerung. Verweigerer werden an die Front geschickt oder inhaftiert.

Die Ukraine hat das bestehende Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung mit der Einführung des Kriegsrechts am 24. Februar 2022 ausgesetzt. Zuvor konnten Angehörige von zehn kleinen religiösen Gemeinschaften einen Antrag stellen. Durch die Aussetzung ist ihnen dieses Recht genommen. Einige Kriegsdienstverweigerer wurden zu mehreren Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Wer nicht zum Militär geht, dem droht eine Bestrafung von mehreren Jahre Haft. Schärfere verfolgt wird eine Desertion, insbesondere während eines Krieges.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde immer wieder durch das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen definiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte 2011, dass die Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht ist. Die Länder sind also dazu verpflichtet, Kriegsdienstverweigerern eine echte Möglichkeit anzubieten, nicht zum Militär einberufen zu werden, auch im Falle eines Krieges.

Belarus

Zahlen von Militärdienstflüchtlingen (geschätzt) ca. 22.000

Stand 01.06.2022





Mehr als ein europäisches Netzwerk

Von Beginn des Krieges an suchten wir nach Möglichkeiten, ein europäisches Netzwerk zur Unterstützung von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus den am Krieg beteiligten Ländern aufzubauen.

Es gibt einige Organisationen, die bereits länger international zur Frage der Kriegsdienstverweigerung zusammenarbeiten, neben Connection e.V. sind das der Internationale Versöhnungsbund mit seinem Büro in Genf, das Büro der Quäker in Genf, das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung in Brüssel sowie die in London ansässige War Resisters' International. Für die praktische Unterstützung entscheidend sind Gruppen und Organisationen aus den am Krieg beteiligten Ländern und den Zufluchtsländern.

Für **Russland** ist die Движение сознательных отказчиков (Bewegung für Kriegsdienstverweigerung - www.stoparmy.org) von großer Bedeutung. Sie bietet auf ihrer Website und anderen Plattformen eine Fülle von Informationen an, wie sich russische Wehrpflichtige dem Dienst entziehen können, was sie bei Kontakt mit den Militärkommissariaten beachten müssen, wie sie einen Kriegseinsatz umgehen und wie sie den Kriegsdienst verweigern können. Aufgrund der repressiven Situation in Russland ist die Organisation ins Exil nach Estland gegangen, wo sie in enger Kooperation mit Aseistakieltäytyäliitto, der Union für Kriegsdienstverweigerung Finnland, die online-Beratungstätigkeit ausgeweitet hat.

Für **Belarus** ist da insbesondere НАШ ДОМ (Nash Dom/Unser Haus - www.nashdom.info/) zu nennen, eine Menschenrechtsorganisation, die seit einigen Jahren von Litauen aus arbeiten muss. Die Sprecherin Olga Karatch wurde von der belarussischen Regierung bereits mehrfach als Terroristin eingestuft. Ungeachtet dessen hat die Organisation mit der Kampagne „NO means NO“ (NEIN heißt NEIN) belarussische Wehrpflichtige dazu aufgerufen, sich dem Militärdienst zu verweigern. Mit beachtlichem Erfolg: Tausende entzogen sich dem Dienst und flüchteten ins Ausland. Das hat dazu beigetragen, bislang einen Kriegseintritt von Belarus zu verhindern.

In der **Ukraine** ist die Ukrainian Pacifist Movement (Ukrainische Pazifistische Bewegung - shelya.work@gmail.com) weiter aktiv. Sie unterstützt Kriegsdienstverweigerer in Einzelfällen und setzen sich über zahlreiche Stellungnahmen, Veranstaltungen und Beiträge für ein Ende des Krieges ein.

Die in Deutschland beheimatete Genossenschaft act4transformation (www.act4transformation.net) hat in **Georgien** eine Anlaufstelle insbesondere für russische und belarussische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure eingerichtet. Derzeit werden Mitarbeiter*innen geschult, um die Arbeit effektiv leisten zu können. Das Büro in Tiflis bietet den Betroffenen Beratung und in Einzelfällen weitere Unterstützung an.

Beratungshotline und Kurzinfos: Mitte März 2022 eröffneten wir eine Beratungshotline und machten dies insbesondere über die Sozialen Medien bekannt. Die Hotline beantwortet Fragen von betroffenen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Russisch, Englisch und Deutsch. Ergänzt wird das Angebot durch Kurzinfos für unzufriedene Soldaten über die Möglichkeiten der Verweigerung und Hinweise, was bei einer Asylantragstellung zu beachten ist.

Uns erreichten auch Anfragen von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern, die in die **Türkei**, nach **Armenien** und nach **Israel** geflüchtet sind. Zum Teil ist ihre Lage sehr prekär, sie befürchten zum Beispiel die Auslieferung nach Russland.

Ein Netzwerk bedeutet auch, eine gemeinsame Stimme gegenüber Regierungen, Politik und Behörden zu haben. So konnten wir mit Vertreter*innen der Organisationen Gespräche mit Abgeordneten des Bundestages und des Europäischen Parlamentes führen und die Situation der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den am Krieg beteiligten Ländern thematisieren. Ziel des Netzwerkes ist es, in den verschiedenen Ländern Anlaufstellen zu schaffen, um den Betroffenen effektiv Unterstützung geben zu können. Wichtige Informationen werden ausgetauscht und veröffentlicht. Die Gruppen werden von uns finanziell gefördert. Wir wollen das Netzwerk ausbauen.



Der 20-jährige Maksim Gaidukov aus Russland reiste wenige Tage nach Kriegsbeginn nach Deutschland. Er arbeitet als Model und erhielt inzwischen eine befristete Aufenthaltserlaubnis.

Wann bist Du nach Deutschland gekommen?

Ich kam am 9. März 2022. Es war eine schnelle Entscheidung. Ich hatte gerade noch genug Zeit, meine Familie zu besuchen.

Warum hast Du Russland verlassen?

Die Entscheidung fiel, nachdem der Krieg mit der Ukraine begonnen hatte. Ich sah, was dort passierte und fühlte mich verraten. Da werden junge russische Männer in die Ukraine geschickt, um Menschen zu ermorden und dafür zu sterben. Sie sind verraten und werden missbraucht. Ich will nicht einer von ihnen sein. Ich darf nicht zulassen, dass Menschen durch meine Hand sterben. Deshalb musste ich gehen. Einen anderen Ausweg sehe ich nicht.

Hast Du schon zuvor Erfahrung mit dem Militär gehabt?

Als ich 16 Jahre alt war, wurden alle in unserer Schule vom Militär gemustert. Zu dieser Zeit hatten sie gerade illegal die Krim der Ukraine entrissen und übernommen. Und ich war darauf vorbereitet, dass Ähnliches wieder passieren könnte. Natürlich wusste ich nicht genau was. Aber ich hatte das immer im Kopf. Für unsere Regierung war die Übernahme der Krim doch ein Erfolg, eine gute Möglichkeit, Kontrolle über die Bevölkerung zu bekommen, einen Krieg zu gewinnen und das russische Territorium zu erweitern. Ich ging zur Musterung, es gab ohnehin keine andere Wahl. Alle meine Klassenkameraden waren total aufgeregt und ver-

suchten, so gut wie nur möglich zu sein. Ich aber versuchte, mich und meine gesundheitliche Situation so schlecht wie möglich darzustellen. Ich habe nicht gelogen, aber immer zugesehen, dass ich möglichst wenige Punkte bekomme. Am Ende gaben sie mir Level C oder D, so dass es nicht sehr wahrscheinlich war, dass ich einberufen werde. Zu der Zeit hatte ich noch nicht die klare Entscheidung getroffen, den Militärdienst zu verweigern, aber ich hatte das unbedingte Gefühl, dass es nicht die richtige Sache ist.

Drohte Dir aktuell eine Rekrutierung?

Am 4. April 2022 haben meine Eltern eine Vorladung erhalten. Ich wurde aufgefordert, mich beim Militärkommissariat für die Einberufung zu melden.

Wie hat Deine Familie auf Deine Entscheidung reagiert?

Meine Familie akzeptiert und unterstützt mich. Und wichtig ist auch meine Großmutter. Sie ist sehr enttäuscht über die aktuelle Situation. Sie will nicht akzeptieren, dass wir der Ukraine solch schrecklichen Dinge antun. Sie hat ihre eigene Geschichte im Kopf. Sie sieht, dass die Regierung noch nicht einmal darüber nachdenkt, was dieser

Meine Familie unterstützt mich

Krieg für die ganze Gesellschaft bedeutet. Für sie ist es ein großer Schritt zurück.

Du hast hier in Berlin Ukrainer getroffen. Was sagen sie zu Deiner Entscheidung?

Sie begegnen mir freundlich. Sie sagen mir, dass ich das Richtige getan habe, auch in Bezug darauf, wie ich den Krieg verstehe. Ich verstehe diesen Krieg nicht als einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern als einen Krieg, der auf alten und schlechten Traditionen basiert, denen sich Russland gerade wieder nähert. Es ist ein Kampf zwischen der modernen Welt meiner Generation und den alten Traditionen, die Teile des Landes früher hatten.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich hoffe, dass es in Russland möglich ist, diese alten und schlechten Traditionen zu überwinden, für eine offene Gesellschaft. Für mich selber? Ich habe den Wunsch im Modebereich tätig zu werden. Ich hoffe, mich hier weiterbilden zu können, um später mal selbst kreativ tätig sein zu können und auch mein Wissen mit Kreativen in Russland zu teilen.

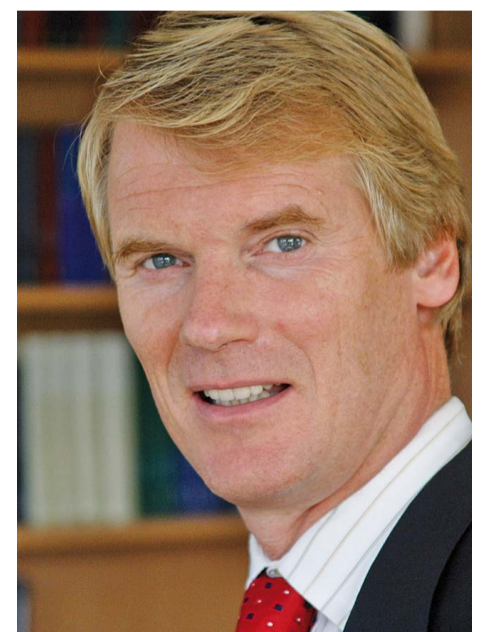
Das Interview führte Rudi Friedrich von Connection e.V.

Sofortiger Waffenstillstand

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Entsprechend hat die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen sofort den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt. Wir fordern einen Waffenstillstand, um Leben zu retten, und Verhandlungen für eine politische Lösung. Denn die tägliche Anzahl von Kriegstoten ist unerträglich.

Die DFG-VK hat 8.000 Euro gespendet an die „Bewegung für Kriegsdienstverweigerung“ in Russland. Kriegsdienstverweigerung und Desertion zählen angesichts der demographischen Schwäche Russlands zu den wichtigsten zivilen Maßnahmen zur Beendigung dieses Kriegs. EU-Ratspräsident Charles Michel und der Bundestag haben russische Soldaten zur Desertion aufgerufen. Das Bundesinnenministerium sichert russischen Deserteuren Schutz zu. Leider sind Militärdienstentzieher (zum Beispiel ohne Einberufungsbefehl) von dieser Schutzzusage ausgenommen – und das ist die übergroße Mehrheit.

50 deutsche Organisationen fordern die europäischen Regierungen darüber hinaus auf, Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine Schutz und Asyl zu gewähren. Sie fordern die ukrainische Regierung auf, die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen. Die Friedens- und Asylbewegung sollte alle Kriegsdienstverweiger*innen inkl. Militärdienstentzieher unterstützen, ist doch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht, das von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem Europäischen Parlament anerkannt wurde



und das gerade in Kriegszeiten eingehalten werden muss. Das gilt auch für die Ukraine, die erklärtermaßen die Freiheit und die Menschenrechte verteidigt.

Die Friedens- und Asylbewegung muss das Anliegen von Connection e.V. unterstützen: „Unsere Solidarität und Unterstützung gilt allen, die sich dem Kriegseinsatz verweigern oder desertieren und allen, die gegen den Krieg aufstehen, zivilen Widerstand leisten und das sofortige Ende des Kriegs einfordern.“

Thomas Carl Schwoerer ist Verleger, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und im Koordinierungskreis von „Sicherheit neu denken“.





#OBJECT WAR CAMPAIGN

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus, Ukraine brauchen unsere Solidarität!

#ВідмовВійні
#ОткажиВойне

Verweigerer schützen



Ute Finckh-Krämer ist seit über 45 Jahren friedenspolitisch aktiv. Von 2013 bis 2017 war sie Bundestagsabgeordnete für die SPD. Derzeit ist sie Co-Vorsitzende des SprecherInnenrates der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Krieg bedeutet immer, dass Menschen andere Menschen töten und verletzen, die sie nicht kennen und über die sie nichts wissen. Das widerspricht den fundamentalsten Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens, und daher gibt es immer wieder Menschen, die den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, weil er ihrem Gewissen widerspricht. Das individuelle Gewissen gehört zum Kernbereich der Persönlichkeit und muss daher als Menschenrecht akzeptiert und geschützt werden.

Kriegsdienstverweigerer sind oft besonders soziale, empathische Menschen. Sie zu schützen und zu respektieren bedeutet, die Kräfte in einer Gesellschaft zu stärken, die für einen gewaltfreien Umgang der Menschen miteinander eintreten. Von gewaltfreier Erziehung bis zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung im politischen Raum. Gewalt traumatisiert nicht nur die Opfer und diejenigen, die sie miterleben, sondern auch diejenigen, die sie anwenden. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit umfasst daher auch das Recht, nicht vom Staat zur Anwendung von Gewalt verpflichtet zu werden und vom Staat nicht in eine Situation gebracht zu werden, in der das eigene Leben und die eigene Gesundheit in Gefahr geraten. Daher sind auch diejenigen zu respektieren und zu schützen, die sich dem Kriegsdienst durch Flucht entziehen, weil sie um ihr Leben und ihre psychische oder physische Gesundheit fürchten.

Deserteure haben in der Vergangenheit wie Kriegsdienstverweigerer oft zu denjenigen gehört, die sich nach Kriegsende für Versöhnung und für eine friedliche, gewaltfreie Gesellschaft engagiert haben. Unabhängig davon, ob ihr Land den Krieg begonnen hat oder sich gegen einen Angriff verteidigen musste. Daher ist es wichtig, in der konkreten Situation nicht nur diejenigen zu schützen, die eine Unterstützung des Angriffskriegs auf die Ukraine verweigern, sondern auch diejenigen, die sich nicht an der militärischen Verteidigung der Ukraine beteiligen können oder wollen.

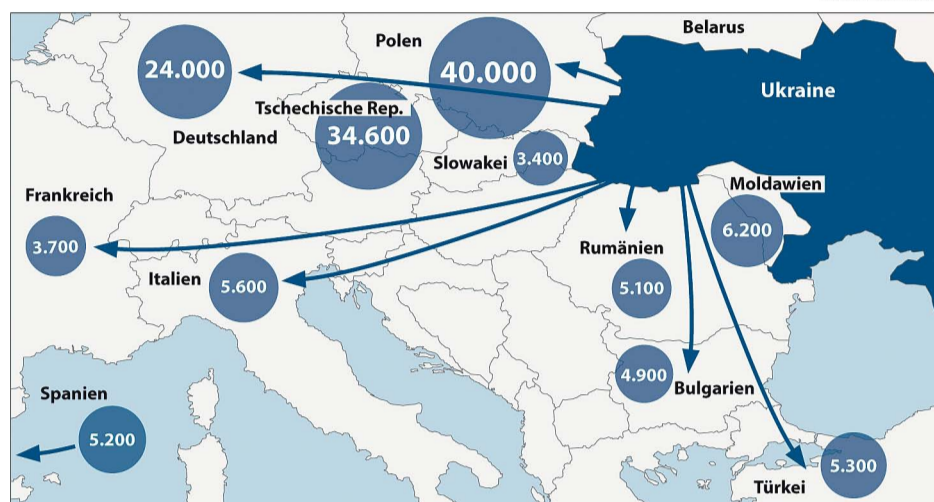
Schätzungsweise 140.000 ukrainische Männer im militärdienstpflichtigen Alter haben das Land verlassen. Bis Ende Juli haben die ukrainischen Behörden 5.000 Strafverfahren gegen Militärdienstzieher und Deserteure eröffnet. Darüber hinaus gibt es 8.000 Verfahren wegen illegalen Grenzübertritts.

Ukraine Phänomen der Verweigerung

Ukraine

Zahlen von Militärdienstflüchtlingen (geschätzt) ca. 140.000

Stand 15.09.2022



Der 36-jährige Ilja Owtscharenko aus der Ukraine ist bei seiner Arbeitsstelle in Ungarn geblieben, um nicht für den Krieg rekrutiert zu werden. Er veröffentlichte mehrmals Videos, in denen er zur Kriegsdienstverweigerung aufruft.

Was hast Du gedacht, als Du vom Kriegsbeginn erfahren hast?

Als ich hörte, dass der Krieg begonnen hatte, war ich bei der Arbeit in Ungarn. Der Gedanke, der mir durch den Kopf ging: Ich fühlte mich schuldig, nicht alles getan zu haben, um den Krieg zu verhindern und meine Neffen aus dem Kriegsgebiet zu holen.

Da gibt es keinen Kompromiss

Ich hätte mich aktiver um die Verbreitung der Idee der Gewaltlosigkeit bemühen können. Ich hätte mich in den Sozialen Medien und auf Videokanälen aktiver äußern können, deutlich machen können, wie schädlich und gefährlich Patriotismus ist. Deutlich machen können, wie absurd es ist, so viele Menschen zu opfern, um eine Linie auf der Landkarte berichtigen zu können. All das ging mir durch den Kopf.

Du hast Dich auf der Internet-Plattform TikTok zum Krieg geäußert. Was war Deine zentrale Aussage?

Wir müssen verstehen, welche Gefahr ein Krieg für die Zivilbevölkerung darstellt, gerade auch angesichts der Atomkraftwerke, die im Kriegsgebiet liegen. Die Regierung zeigt sich fest entschlossen, das gesamte ukrainische Territorium, einschließlich der Krim, zurückzuerobern. Es ist also die Frage, ob wir die Krim und Donezk einfach aufgeben? Und für mich liegt die Antwort auf der Hand: Das Leben der Menschen ist wichtiger, ganz gleich, welche Flagge über der Krim oder Donezk hängen wird.

Welche Reaktionen hast Du bekommen?

In den Kommentaren unter meinen Videos stehen Drohungen wie „Es sind schon welche unterwegs zu Dir“ oder „Hau ab, solange Du noch kannst“. Im Frühjahr war der Geheimdienst auch zu meiner Mutter gekommen und hatte nach mir gefragt. Sie rief mich dann ganz aufgelöst an und bat mich, das Video wieder zurückzunehmen. Viele meiner Bekannten und sogar ein Verwandter bezeichnen meine Position als fei-

Die große Zahl der Militärdienstzieher erstaunt. Sie widerspricht dem Bild, das in den Medien gezeichnet wird, dass die militärische Verteidigung der Ukraine im Land selbst große Zustimmung erfährt. Es wurde berichtet, dass sich sehr viele freiwillig meldeten. Dies ist aber wohl nur ein Teil des Bildes.

Wir können über die Motive der Militärdienstzieher und Verweigerer nur spekulieren. Sehr wenige waren bislang bereit, an die Öffentlichkeit zu gehen. Wer es in die Europäische Union geschafft hat, kann hier einen zumindest befristeten humanitären Aufenthalt bekommen. Zudem sorgt die Medienberichterstattung wohl auch dafür, dass es ukrainische Verweigerer nicht wagen in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Sie sehen sich als Verräter gebrandmarkt und unterlassen daher lieber jede Äußerung dazu. Auch in den Verfahren in der Ukraine spiegelt sich die Verschärfung der Situation wider. Es gab dort mehrere Urteile gegen Kriegsdienstverweigerer. Zum Beispiel Dmytro Kucherov: Er hatte seine Kriegsdienstverweigerung gegenüber dem Militär erklärt, aber statt einer Anerkennung eine dreijährige Haftstrafe erhalten. Wer soll sich angesichts dessen noch trau-

en, offen seine Meinung dazu zu äußern? Derzeit erhalten alle ukrainischen Staatsbürger, Frauen und Männer, Kinder, militärdienstpflichtig oder nicht, in der Europäischen Union einen befristeten humanitären Aufenthalt. Dies wurde von der Europäischen Union beschlossen und wird zumindest weitgehend umgesetzt. Der Status kann auf bis zu drei Jahre verlängert werden, also bis Ende Februar 2025. Danach wäre nach jetziger Lage der Dinge aber der Status beendet.

Eine Rückkehr wird auch dann für viele Militärdienstzieher aus der Ukraine ein großes Risiko sein. Derzeit ist nicht absehbar, wie viele Strafverfahren bis dahin eröffnet sein werden. Aber es braucht – auch angesichts eines Krieges im eigenen Land – eine andere Umgehensweise mit dem Teil der Bevölkerung, der nicht der Regierungspolitik zum Krieg folgt. Für die Verweigerer notwendig ist ein wirklich umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das jederzeit beantragt werden kann sowie eine Amnestie für die Flüchtlinge. Solange eine sichere Rückkehr nicht garantiert ist, müssen ukrainische Verweigerer Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union erhalten.



Foto: Thomas Karsten

Konstantin Wecker unterstützt unsere Kampagne zum sofortigen Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine. In seinem Antikriegsmanifest schrieb er am 2. März 2022:

„(...) Lasst uns unsere Friedensfreund*innen in Russland unterstützen: Es braucht dort eine Massenmobilisierung gegen den Aggressionskrieg, eine Aufforderung an alle russischen Soldaten, sofort den Befehl zu verweigern und zu desertieren. Nur eine Revolte unter den russischen Soldaten kann diesen Krieg sofort stoppen! Und die Älteren unter uns werden sich erinnern: So war es auch in Vietnam - der Anfang vom Ende des US-Angriffskrieges damals war die massenhafte Desertion und die Revolten der einfachen US-Soldaten gegen ihre Offiziere und Generäle. (...)“ <https://wecker.de/antikriegsmanifest>

Das Interview führte Rudi Friedrich von Connection e.V.

Connection e.V.

Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Wir setzen uns aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind die am Krieg in der Ukraine beteiligten Länder sowie Türkei, Eritrea, Kolumbien, Israel und Südkorea.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis und 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis.

Spendenaufruf

#ObjectWar Campaign
#StandWithObjectors

Unterstützen Sie Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Wir haben für diesen Zweck ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V. eingerichtet:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEFIOFF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Wir danken PRO ASYL für die finanzielle Förderung des Projekts.

Weitere Infos

Alle hier veröffentlichten Artikel und weitere sind über www.Connection-eV.org/ObjectWarCampaign online zu finden. In der online-Version haben wir auch die Quellen angegeben. Die Beiträge liegen zum großen Teil auch in Englisch und Französisch vor.

Impressum

Beilage in der Wochenzeitung Freitag
6. Oktober 2022
Fotos: Wikimedia, privat, Connection e.V.
Lay-out: Zani Arkadina und Jürgen Taurus
Infografiken: klöckner/thiele kommunikation
ViSdP: Rudi Friedrich, Connection e.V.
Herausgegeben von Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV
www.Connection-eV.org

